Staatskanzlei*Information*

Rathaus / Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
Telefax 032 627 21 26
kanzlei@sk.so.ch
www.so.ch

Medienmitteilung**USR III: Regierungsrat bekräftigt Stossrichtung und definiert Eckwerte**

Solothurn, 3. Februar 2017 – Steuern, soziale Sicherheit, Bildung und Betreuung sowie kantonaler Finanzausgleich, dies sind die zentralen Punkte der Unternehmenssteuerreform III. Nach intensiver Arbeit legt der Regierungsrat dazu konkrete Lösungsvorschläge vor und stellt verbindliche Forderungen.

Bereits im November 2016 hatte der Regierungsrat seine Strategie zur Umsetzung der USR III vorgestellt. Gleichzeitig betonte er bereits damals die Wichtigkeit der flankierenden Massnahmen, mit denen die Wirtschaft eine Gegenleistung für die attraktive Steuerpolitik erbringen soll und welche Kanton und Gemeinden entlasten sollen.

Gemeinsam einen wichtigen Schritt weiter gekommen

Die USR III und die dazugehörigen flankierenden Massnahmen sind derart umfangreich und komplex, dass bereits für die Ausarbeitung der Vernehmlassungsvorlage im Dezember 2016 paritätische Arbeitsgruppen eingesetzt worden waren. Diese sind aus Vertretern von Gemeinden, Wirtschaftsverbänden und der Verwaltung zusammengesetzt. Vier Teilprojekte werden dabei bearbeitet: Steuern, Soziale Sicherheit, Bildung und finanzieller Ausgleich unter de Gemeinden.

Der Regierungsrat hat sich diese Woche ausführlich über den Stand der Teilprojekte informieren lassen und verbindliche Beschlüsse gefasst:

Teilprojekt 1 - Steuern

Die mit dem Beschluss vom 31. Oktober 2016 definierten Eckwerte haben weiterhin Bestand: Die effektive Gesamtsteuerbelastung für Unternehmen soll auf unter 13% zu liegen kommen. Die übrigen Instrumente der USR III haben ergänzenden Charakter und dienen zur Förderung von besonderen Aktivitäten, namentlich von Forschung und Entwicklung.

Teilprojekt 2 - Soziale Sicherheit und Teilprojekt 3 - Bildung

Bei diesen Projekten geht es um die Entlastung von Kanton und Gemeinden. Der Regierungsrat verlangt von den Unternehmen, dass sie sich mit mindestens 30 Millionen Franken beteiligen.

Im Bereich soziale Sicherheit werden folgende Entlastungsmassnahmen vorgesehen: Die Unternehmen übernehmen die Finanzierung der Ergänzungsleistungen für einkommensschwache Familien, sie kommen für die Erhöhung der Familienzulagen auf sowie für die Finanzierung von Betreuungsgutscheinen für familienergänzende Kinderbetreuungsangebote im Vorschulbereich.

Das Teilprojekt Bildung sieht die Schaffung eines Bildungsfonds vor. Dieser wird durch Beiträge von jenen juristischen Personen geüfnet, die durch die USR III entlastet werden. Aus diesem Bildungsfonds sollen Entlastungsmassnahmen im Bereich der beruflichen Ausbildung, der Berufsberatung und der Nachholbildung mitfinanziert werden sowie Investitionen im Bereich ICT-Ausrüstungen für die Volksschulen und die kantonalen Schulen.

Teilprojekt 4 - finanzieller Ausgleich mit und unter den Gemeinden

Damit die Steuerausfälle für die Gemeinden kleiner ausfallen, zahlt der Kanton zusätzlich in verschiedene Ausgleichsgefässe ein. Die Steuerausfälle sollen so stark gemindert werden, dass der Ausfall im ersten Jahr der Umsetzung der USR III nicht grösser als 5 Prozentpunkte des Staatssteuerertrages beträgt.

Es werden verschiedene Modelle einer Ergänzung des kantonalen Finanzausgleichs berechnet, diese sind vorerst auf fünf Jahre befristet. Mit den vorgesehenen Ausgleichszahlungen des Kantons und den Entlastungen durch die Wirtschaft, die den Gemeinden zukommen werden, sollten die Totalerinnahmen über alle Gemeinden bereits im Jahr des Inkrafttretens der USR III höher sein als im Jahr 2015.

Ebenfalls werden die Beiträge der juristischen Personen bezüglich Finanzausgleich für die Kirchgemeinden neu geregelt. So wie dies der Kantonsrat gefordert hatte. Der Betrag wird künftig auf 10 Millionen Franken festgelegt. Die 10 Millionen gelten jedoch nicht nur bei Mehreinnahmen aus der Finanzausgleichssteuer, sondern auch bei Mindereinnahmen aus derselben. Das heisst, dass den Kirchgemeinden ab dem 1. Jahr der Inkraftsetzung der USR III 10 Millionen Franken zur Verfügung stehen werden.

Terminplan

Der Regierungsrat hat entschieden, dass die vier Teilprojekte nun im festgelegten Sinn weiterentwickelt werden. Bis Ende März 2017 soll eine Vernehmlassungsvorlage vorliegen, die dem Regierungsrat zur Beratung unterbreitet wird.

Weitere Auskünfte

Roland Heim, Finanzdirektor, 032 627 20 55, 10 – 12 Uhr und 14 - 16 Uhr

Weitere Informationen finden Sie im Internet

<https://www.so.ch/verwaltung/finanzdepartement/steueramt/>